

Hartmut WENDT, Wiesbaden

Übersiedler aus der DDR 1950 bis 1990 — Ursachen, Verlauf, Strukturen

1. Charakter und Umfang der Übersiedlerströme

Die Übersiedlerströme aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland vollzogen sich von Anbeginn unter dem Druck der politischen und ökonomischen Verhältnisse in der DDR.

Stets mußten eine Reihe von intervenierenden Faktoren, wie gesetzliches Ausreiseverbot, strafrechtliche Verfolgungen, ökonomische Einbußen, Diskriminierungen und oft auch soziale Isolation überwunden werden, ehe es gelang, in den anderen deutschen Staat durch Flucht oder Ausreise — den beiden häufigsten Formen der Übersiedlung — zu kommen.

Insofern sind die Übersiedlerströme zwischen zwei Staaten mit gemeinsamer Geschichte, gleicher Sprache und Kultur, aber einer in den letzten 45 Jahren unterschiedlichen sozioökonomischen und politischen Struktur, nicht schlechthin „Außenwanderungen“, sondern tragen diese Übersiedlerströme den Charakter von Zwangswanderungen.

Die Ursachen für diese Wanderungen sind sowohl in den räumlichen Unterschieden von Lebensbedingungen zwischen beiden deutschen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als auch der individuellen Reflexion dieser Bedingungen zu sehen. Dabei bezeichnen Lebensbedingungen Sachverhalte ökonomischer, ideologischer, politischer, demographischer, wie sozialer Natur einer Gesellschaft, die als Handlungsmöglichkeiten individuell nutzbare Gelegenheiten darstellen.

Die räumlichen Unterschiede in den Lebensbedingungen wirken sowohl als Abstoßungskräfte im Wegzugsland (push-Faktoren) als auch als Anziehungskräfte des Ziellandes (pull-Faktoren). Die Übersiedlungen von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland wurden sowohl durch die abstoßenden Faktoren in der DDR (niedrigeres Lebensniveau, politische Indoktrination, Rechtlosigkeit, Fehlen individueller Freiheiten, u. a. m.) als auch die Anziehungsfaktoren der Bundesrepublik Deutschland (ein vergleichsweise hohes Lebensniveau, ein demokratisches System, das politische Mitbestimmung und individuelle Freiheiten ermöglicht) verursacht.

Dabei wurden die gegenwärtigen Lebensbedingungen in der DDR und die antizipierten Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland im Be-

wußtsein der potentiellen Migranten einer Bewertung unterzogen und als räumliche Alternativen sozialen, politischen und ökonomischen Inhalts reflektiert. Somit waren es nicht nur die regionalen Unterschiede selbst, die eine Übersiedlung auslösten, sondern zugleich auch die Art und Weise, wie diese Faktoren im Bewußtsein der potentiellen Migranten reflektiert wurden, wie also regionale Differenzierungen als alternative Möglichkeiten der Befriedigung bestehender Bedürfnisse bewertet wurden. Da diese Bewertung stets in Abhängigkeit von Bildung, Qualifikation, Familienstand und Alter erfolgte, vollzogen sich auch die Übersiedlungen sozialstrukturell differenziert.

Die Möglichkeiten der Nutzung der ungleichen Lebensbedingungen in beiden deutschen Staaten war jedoch bis zum Fall der Mauer im November 1989 nicht nur an die individuelle Bereitschaft der DDR-Bürger zur Wanderung gebunden, sondern zugleich und vor allem an die bestehenden gesellschaftspolitischen Restriktionen, die ein Verlassen des Landes nahezu unmöglich machten.

Mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 nahmen diese Restriktionen schließlich solche Formen an, wie sie für totalitäre Staaten charakteristisch sind. Seit ihrer Gründung im Oktober 1949 war die DDR ein Auswanderungsland. Im Zeitraum ihrer staatlichen Existenz hatte die DDR von Ende 1949 bis Mitte 1990 einen Bevölkerungsverlust von etwa 4,6 Millionen überwiegend gut ausgebildeten, engagierten und kritischen Menschen erlitten. Davon waren allein annähernd 3,8 Millionen Menschen (83 % aller Zuzüge aus der DDR) durch Flucht oder Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gelangt.

Von 1950 bis zur Schließung der innerdeutschen Grenzen im August 1961 wurden 2,6 Millionen Menschen als Flüchtlinge bzw. Übersiedler im Notaufnahmeverfahren registriert. Hinzuzurechnen sind noch etwa 1,2 Millionen Menschen, die sich nicht dem Notaufnahmeverfahren unterzogen. Selbst unter Berücksichtigung der Wegzüge in die DDR ergibt sich damit für die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1950 bis Ende 1961 noch ein Wanderungsgewinn gegenüber der DDR von 3,5 Millionen Menschen. Seit dem Bau der Mauer im August 1961 bis Dezember 1988¹ wurden 616 000 Übersiedler gezählt (Tab. 1 u. Abb. 1).

Trotz der Grenzbefestigung sind vom August 1961 bis Ende 1988 235 000 Menschen (38 % aller Übersiedler) ohne Genehmigung — also durch „Republikflucht“ — in die Bundesrepublik Deutschland gelangt. Allein 40 000 Personen (6,5 % aller Übersiedler bzw. 22 % der Flüchtlinge) sind in diesem Zeitraum über die schwer bewachte Staatsgrenze in die Bundesrepublik Deutschland geflohen (sogenannte Sperrbrecher). Nahezu 30 000 Personen (fast 5 % aller Übersiedler) wurden in diesem Zeitraum aus den Gefängnissen der DDR von der Bundesregierung freigekauft. Im Jahre 1989 waren es dann insgesamt fast 344 000 Personen (allein vom Januar bis Oktober 167 000 und von November bis Ende Dezember noch einmal 177 000 Personen), die durch Ausreise oder Flucht die DDR verlassen hatten. Bis Ende Juni 1990 wurden noch einmal 238 000 Übersiedler im Notaufnahmeverfahren registriert. Somit kamen seit der Schließung der Grenzen am 13. August 1961 bis zur Aufhebung des Notaufnahmegesetzes am 1. Juli 1990 insgesamt nahezu 1,2 Millionen Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland.

Tab. 1: Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland bis Juni 1990

Jahr	Insgesamt	Übersiedler ¹				davon Flüchtlinge über Grenzbefestigungen		
		mit Genehmigung (legale Ausreiser)		ohne Genehmigung (Flüchtlinge) ²		Anzahl	%	
		Anzahl	%	Anzahl	%			
1949	129 245	—	—	129 245	100,0	—	—	
1950	197 788	—	—	197 788	100,0	—	—	
1951	165 648	—	—	165 648	100,0	—	—	
1952	182 393	—	—	182 393	100,0	—	—	
1953	331 390	—	—	331 390	100,0	—	—	
1954	184 198	—	—	184 198	100,0	—	—	
1955	252 870	—	—	252 870	100,0	—	—	
1956	279 189	—	—	279 189	100,0	—	—	
1957	261 622	—	—	261 622	100,0	—	—	
1958	204 092	—	—	204 092	100,0	—	—	
1959	143 917	—	—	143 917	100,0	—	—	
1960	199 188	—	—	199 188	100,0	—	—	
bis 12. 8.	1961	155 402	—	155 402	100,0	—	—	
ab 13. 8.	1961	51 624	—	51 624	100,0	8 507	16,5	
	1962	21 365	4 624	21,6	16 741	78,4	5 761	34,4
	1963	42 632	29 655	69,6	12 967	30,4	3 692	28,5
	1964	41 876	30 012	71,7	11 864	28,3	3 155	26,6
	1965	29 552	17 666	59,8	11 886	40,2	2 329	19,6
	1966	24 131	15 675	65,0	8 456	35,0	1 736	20,5
	1967	19 573	13 188	67,4	6 385	32,6	1 203	18,8
	1968	16 036	11 134	69,4	4 902	30,6	1 135	23,2
	1969	16 975	11 702	68,9	5 273	31,1	1 193	22,6
	1970	17 519	12 472	71,2	5 047	28,8	901	17,9
	1971	17 408	11 565	66,4	5 843	33,6	832	14,2
	1972	17 164	11 627	67,7	5 537	32,3	1 245	22,5
	1973	15 189	8 667	57,1	6 522	42,9	1 842	28,2
	1974	13 252	7 928	59,8	5 324	40,2	969	18,2
	1975	16 285	10 274	63,1	6 011	36,9	673	11,2
	1976	15 168	10 058	66,3	5 110	33,7	610	11,9
	1977	12 078	8 041	66,6	4 037	33,4	721	17,9
	1978	12 117	8 271	68,3	3 846	31,7	461	12,0
	1979	12 515	9 003	71,9	3 512	28,1	463	13,2
	1980	12 763	8 775	68,8	3 988	31,2	424	10,6
	1981	15 433	11 093	71,9	4 340	28,1	298	6,9
	1982	13 208	9 113	69,0	4 095	31,0	283	6,9
	1983	11 343	7 729	68,1	3 614	31,9	228	6,3

1984	40 974	34 982	85,4	5 992	14,6	192	3,2
1985	24 912	18 752	75,3	6 160	24,7	160	2,6
1986	26 178	19 982	76,3	6 196	23,7	210	3,4
1987	18 958	11 459	60,4	7 499	39,6	288	3,8
1988	39 832	27 939	70,1	11 893	29,9	590	5,0
1989	343 854	101 947	29,6	241 907	70,4	3	—
bis 30. 6. 1990	238 384	—	—	—	—	—	—

nach Zeiträumen

1950—12. 8. 1961	2 557 697	—	—	2 557 697	—	—	—
13. 8. 1961—1970	281 283	146 138	52,0	135 145	48,0	29 612	21,9
13. 8. 1961—1988	616 060	381 396	61,9	234 664	38,1	40 101	17,1
13. 8. 1961—1989	959 914	483 343	50,4	476 571	49,6	40 101	8,4
13. 8. 1961—1990	1 198 298	483 343	40,3	476 571	39,8	40 101	8,4
1950—1988	3 173 757	381 396	12,0	2 792 361	88,0	40 101	1,4
1950—1989	3 517 611	483 343	13,7	3 034 268	86,3	40 101	1,3
1950—1990	3 755 995	483 343	12,9	3 034 268	80,8	40 101	1,3

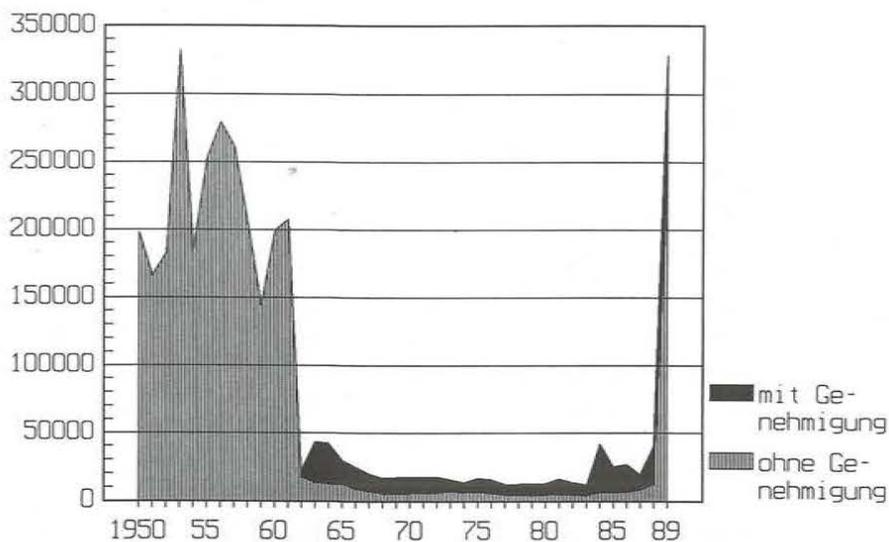
1 Im Notaufnahmeverfahren registrierte Flüchtlinge und genehmigte Ausreiser

2 Einschließlich freigekaufter Häftlinge

3 Vorläufige Ergebnisse

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesausgleichamt

Abb. 1: Übersiedler aus der DDR 1950—1989



Gibt man die Zahl der Zuzüge aus der DDR von 1950 bis Juli 1990 mit 5 063 000 Personen an, darunter die Zahl der registrierten Übersiedler mit 3 756 000 Personen, so werden die Dimensionen dieses Massensexodus deutlich (Tab. 1).

Auch unter Berücksichtigung von Zuzügen aus der Bundesrepublik Deutschland hatte die DDR von 1950 bis Mitte 1990 noch einen Bevölkerungsverlust von etwa 4 593 000 Personen zu verzeichnen, der fast ausschließlich durch Flucht und Ausreise verursacht wurde. Diese Bevölkerungsverluste erreichten somit Größenordnungen, wie sie etwa den Bevölkerungszahlen von Norwegen (4,2 Millionen EW 1987) oder auch von Finnland (4,9 Millionen EW 1985) entsprechen.

2. Verlauf der Übersiedlerströme von 1950 bis 1990

Der Verlauf der Übersiedlerströme aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland läßt sehr deutlich den Einfluß der politischen Verhältnisse und der ökonomischen Lage auf die deutsch-deutschen Wanderungen erkennen. Ordneten sich bis 1950 die Flüchtlingsströme in die Umsiedlungs- und Wanderungsbewegungen der Nachkriegszeit ein, so können seit Gründung der DDR im Oktober 1949, spätestens jedoch seit der ersten Hälfte der 50er Jahre, die Flüchtlingsströme nicht mehr nachkriegsbedingten Wanderungen und Familienzusammenführungen zugeschrieben werden.

Im zeitlichen Verlauf der Übersiedlerströme spiegeln sich die jeweilige wirtschaftliche und politische Lage sowie aktuelle Maßnahmen der Beschneidung der demokratischen Rechte und politische Repressionen wider (Tab. 1 u. Abb. 1).

Im gesellschaftlichen Umbruch der 50er Jahre, wie er sich in einem verschärften Klassenkampf, in politischen Repressionen und Dogmatismus in der Kollektivierung der Landwirtschaft sowie der Errichtung eines zentralistischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft äußerte, sind die wesentlichen Gründe zu sehen, die DDR zu verlassen. Ein Indikator für die Verschärfung der politischen Situation ist die Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) am 8. Februar 1950.

Von 1950 bis zum 13. August 1961 kamen insgesamt fast 2,6 Millionen Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. In der Geschichte der Fluchtbewegung hatte das Jahr 1953 mit 331 390 Personen die höchsten Flüchtlingszahlen zu verzeichnen, die nur noch von den Übersiedlerzahlen des Jahres 1989 (343 854 Übersiedler) übertroffen wurden.

1961 hatten bis zum 12. August bereits 155 000 Menschen die DDR verlassen. Statt die ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen der permanenten Gesellschaftskrise der DDR zu beseitigen, versuchte die SED-Regierung vielmehr durch die vollständige Schließung der innerdeutschen Grenzen am 13. August 1961, die „Republikflucht“ als ein entscheidendes Moment der gesellschaftlichen Destabilisierung zu unterbinden.

Nach dem „Mauerbau“ sanken in den 60er Jahren die Flüchtlings- und Ausreiszahlen drastisch. Bis Ende der 60er Jahre wurde eine Übersiedlung

nahezu ausschließlich nur Personen im Rentenalter gewährt, und auch in den 70er Jahren waren es zum weitaus überwiegenden Teil Rentner, die übersiedeln durften. Vom August 1961 bis Ende 1970 kamen insgesamt 281 000 Personen in die Bundesrepublik Deutschland, davon 146 000 mit Genehmigung (52 %). Immerhin gelang in diesem Zeitraum 135 000 Personen die Flucht in die Bundesrepublik Deutschland.

Mit dem Ende der Ära Ulbricht am 3. Mai 1971 und der Machtübernahme durch E. Honecker wurden neue Akzente in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR gesetzt. Kurzzeitige Erfolge in den 70er Jahren konnten die systemimmanenten Ursachen der Übersiedlungen nicht beseitigen. Von 1971 bis Ende 1979 kamen 131 000 Personen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland, davon 85 000 Personen (65 %) mit Genehmigung.

Dem in den 80er Jahren sich rasch vollziehenden Wertewandel, gekennzeichnet durch eine zunehmende Friedens- und Abrüstungsbewegung, einem Anwachsen des Umweltbewußtseins, Forderungen nach größeren individuellen Freiheiten, nach Reisefreiheit, nach Demokratie und Selbstbestimmung, stand die alte SED-Führung verständnis- und hilflos gegenüber. Mit einem willkürlichen System der Genehmigung von halblegalisierten Anträgen auf „Ausreise aus der DDR und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“ versuchte die DDR den Strom einer unzufriedenen und abwanderungswilligen Bevölkerung zu steuern.

Da sich die DDR immer mehr allen Liberalisierungsversuchen verschloß und die Hoffnungen, die sich mit dem Regierungsantritt von M. Gorbatschow und einem neuen Denken in der Sowjetunion auf strukturelle Veränderungen innerhalb der DDR-Gesellschaft verbunden hatten, bald zerschlugen, erfaßte seit Mitte der 80er Jahre breite Schichten der Bevölkerung zunehmende Resignation und Erstarrung. Dies führte — da auf Veränderungen nicht mehr gehofft werden konnte — zu einem enormen Anstieg der „Anträge auf ständige Ausreise aus der DDR“. Mit vergleichsweise hohen Zahlen von genehmigten Ausreisearträgen 1988 (28 000 Personen) und von Januar bis November 1989 (102 000 Personen) versuchte die DDR-Führung die rasch ansteigende Zahl von Ausreisewilligen abzubauen und dadurch das bestehende Potential an unzufriedenen und kritischen Bürgern zu steuern. Andererseits organisierte sich zunehmend — zunächst unter dem Dach der evangelischen Kirche — das kritische Bürgerpotential, das im Lande bleiben wollte und hier auf Reformen und Veränderungen hoffte.

Mit spektakulären Botschaftsbesetzungen in Prag und Budapest deuteten sich die zunehmende Unzufriedenheit und eine nicht mehr zu kanalisierende Protesthaltung breiter Bevölkerungsschichten an. Mit der Demontage der Grenzanlagen zwischen Ungarn und Österreich nahmen die Flüchtlingsströme zu. Waren es im August 1989 noch etwa 8000 Personen, denen die Flucht über das Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gelang, so waren es im September bereits 21 000 und im Oktober 26 000 Personen (Tab. 2 u. Abb. 2).

Mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze stiegen die Übersiedlerzahlen noch weiter an. Die berechtigte Skepsis der DDR-Bürger gegenüber den Versprechungen der weiterhin amtierenden SED-Regierung und der Parteiführung, den immer noch bestehenden alten Strukturen im Staatsapparat und in der Wirtschaft, in Wissenschaft und im Bildungswesen sowie die sich vergrößernden

Tab. 2: Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland Januar 1989 — Juli 1990

Jahr	Übersiedler Insgesamt	mit Genehmigung ¹		ohne Genehmigung ² (Flüchtlinge)	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1989					
Januar	4 627	3 741	80,9	886	19,1
Februar	5 008	4 087	81,6	921	18,4
März	5 671	4 487	79,1	1 184	20,9
April	5 887	4 996	84,9	891	15,1
Mai	10 642	9 115	85,7	1 527	14,3
Juni	12 428	10 645	85,7	1 783	14,3
Juli	11 707	9 563	81,7	2 144	18,3
August	20 955	12 812	61,1	8 143	38,9
September	33 255	11 903	35,8	21 352	64,2
Oktober	57 024	30 598	53,7	26 426	46,3
November ¹	133 429	—	—	—	—
Dezember	43 221	—	—	—	—
Januar-Dezember	343 854	—	—	—	—
Januar-Oktober	167 204	101 947	61,0	65 257	39,0
1990					
Januar	73 729	—	—	—	—
Februar	63 893	—	—	—	—
März	46 241	—	—	—	—
April	24 615	—	—	—	—
Mai	19 217	—	—	—	—
Juni	10 689	—	—	—	—
Januar—Juni	238 384	—	—	—	—

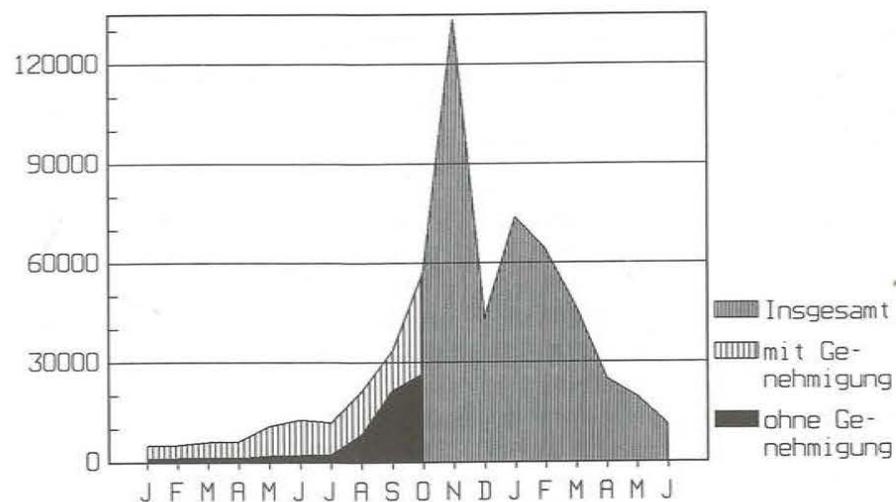
¹ Ausreise mit Antrag

² Ab November 1989 wurden Flüchtlinge nicht mehr separat erfaßt.

Quelle: Bundesausgleichsamt

wirtschaftlichen Unsicherheiten waren auch nach Öffnung der Mauer wesentliche Gründe für eine Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland. Erst mit den zunehmenden Veränderungen der politischen und administrativen Strukturen, vor allem seit den ersten freien Wahlen am 18. März 1990 und der Hoffnung auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten, entfielen auch in wachsendem Maße die Gründe, die bisher zur Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland geführt hatten. Zunehmend waren es wirtschaftliche Motive, die

Abb. 2: Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland Januar 1989 bis Juni 1990



Hoffnung auf eine schnellere Verbesserung des Lebensniveaus und soziale Unsicherheiten, die eine Übersiedlung begünstigten. Nach den Wahlen im März 1990 und der Gewißheit einer baldigen staatlichen Vereinigung beider deutscher Staaten gingen die Übersiedlerzahlen deutlich zurück. Im März 1990 wurden mit 46 000 Übersiedlern noch knapp ein Drittel der Übersiedler vom November gemessen. Von Januar bis Juli 1989 kamen insgesamt 238 384 DDR-Bürger in die Bundesrepublik Deutschland.

Spätestens seit der Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 nahmen die deutsch-deutschen Wanderungen den Charakter von Binnenwanderungen an. Der „Übersiedlerstatus“ wurde abgeschafft.

3. Gründe und Ursachen von Flucht und Ausreise

Die Gründe, die zur Flucht bzw. zur Stellung eines Antrages auf Ausreise führten, sind sehr komplexer Natur und lassen sich nicht auf einzelne Gründe reduzieren. Es ist stets ein Bündel von politischen und ökonomischen, seltener von privaten Gründen, die handlungsauslösend waren und zur Flucht oder Ausreise führten. Alle bisher vorliegenden Untersuchungen belegten die enge Verknüpfung von politischen und ökonomischen Gründen über den gesamten Zeitraum, wobei die Ablehnung der politischen Verhältnisse im Vordergrund stand. Nachweisbar war auch, daß wirtschaftliche Not und ökonomische Ängste allein nicht zu den fluchtauslösenden Motiven gehörten. So wiesen die Flüchtlinge und Ausreisende vom August/September des Jahres 1989 vielmehr einen über

dem DDR-Durchschnitt liegenden hohen Lebensstandard auf². Allerdings hatte bei der Mehrheit der Befragten die Hoffnung auf die Verbesserung des Lebensstandards ebenfalls eine Rolle gespielt. Bei Ausreisern mit niedrigerem Bildungsabschluß hatten ökonomische Gründe ein größeres Gewicht als bei Ausreisern mit einem höheren Bildungsabschluß. Entsprechend den Angaben von 500 Übersiedlern im Jahre 1984³ und von 537 Ausreisern bzw. Flüchtlingen des Jahres 1989⁴, die noch vor der Öffnung der Grenzen kurz nach ihrem Eintreffen in die Bundesrepublik Deutschland befragt wurden, wurde folgende Struktur von Gründen für eine Übersiedlung ermittelt⁵:

- Fehlende Meinungs- und fehlende bzw. eingeschränkte Reisefreiheit: 74 Prozent (71 % bzw. 56 %)
- Wunsch nach Selbstbestimmung: 72 Prozent (1984 nicht erfragt),
- fehlende bzw. ungünstige Zukunftsaussichten: 69 Prozent (45 %),
- Unzufriedenheit mit politischen Verhältnissen (politischer Druck und Bevormundung): 65 Prozent (66 %) für weitere 30 Prozent spielte dieser Tatbestand zumindest eine Rolle,
- Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen: 56 Prozent (46 %),
- Familienzusammenführung: 28 Prozent (36 %),
- ungünstige berufliche Entwicklung: 26 Prozent (21 %).

Mehrfachnennungen waren bei den wesentlichen Gründen für Ausreise und Flucht möglich. Die befragten Probanden waren in beiden Jahren zum weitaus überwiegenden Teil im jungen Alter (zu etwa 80 % unter 40 Jahren). Männer dominierten eindeutig.

Ein Vergleich der Gründe der Jahre 1984 und 1989 zeigt, daß die politische und ökonomische Situation in der DDR von den Befragten im Jahre 1989 zunehmend kritischer reflektiert wurde als dies 1984 noch der Fall war. Offensichtlich hatte in der DDR die Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen und ökonomischen Verhältnissen zugenommen, hatte sich das kritische Potential in der Bevölkerung in Folge des Ausbleibens von Veränderungen und des Festhaltens an bestehenden Strukturen durch die alte Partei- und Staatsführung weiter erhöht.

Auch noch nach Öffnung der Grenzen am 9. November 1990 wurden in einer weiteren Befragung⁶ die politischen Bedingungen als Hauptgrund (93 %) für eine Übersiedlung angegeben. Die Führungspositionen in der Administration, in den Betrieben, der Polizei, im Justizwesen, im Bildungs- und Hochschulbereich, in den Akademien und Forschungseinrichtungen waren noch überwiegend mit den alten Führungskräften besetzt. Der Staatssicherheitsdienst war noch nicht zerschlagen und die SED/PDS hatte immer noch wichtige Positionen in der Administration und Wirtschaft, im Hochschul- und Bildungswesen inne. Die genannten Probleme waren auch zum Zeitpunkt der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 noch längst nicht gelöst. Die politische Motivation für eine Übersiedlung beruhte vorwiegend auf der Skepsis gegenüber den verharrenden Strukturen und alten „SED-Kadern“, die nach wie vor ihre Macht und ihre Privilegien nicht preisgeben wollten.

Mit einer neuen Informationspolitik, der Offenlegung von Daten über die Umwelt- und Arbeitsbedingungen, nahmen auch die Übersiedlermotive „gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen“ und „Umweltbelastungen“ (72 %) einen

zu. Ebenfalls stieg in der augenscheinlich desolaten ökonomischen Situation der DDR-Wirtschaft, dem vergleichbar deutlich höheren Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland und den zunehmenden ökonomischen Unsicherheiten (Arbeitslosigkeit) der Grund „niedriger Lebensstandard“ (88 %).

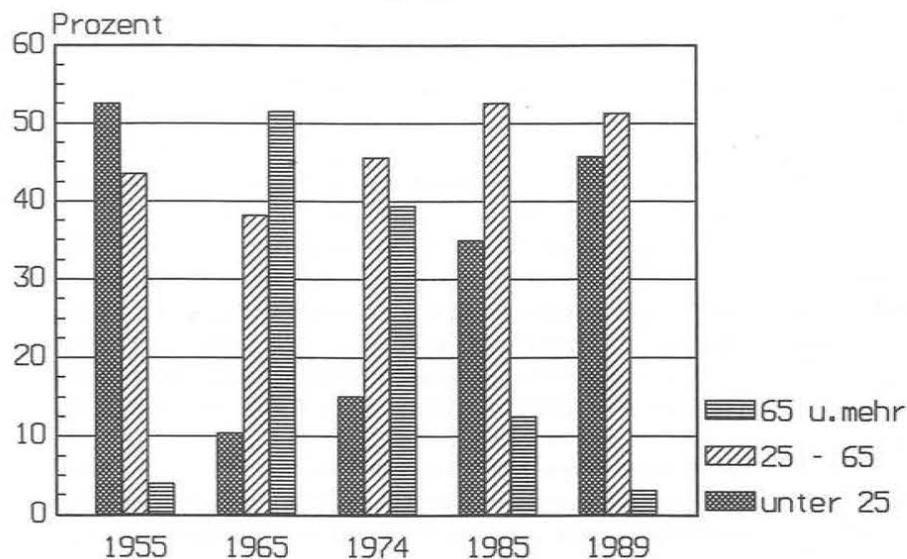
4. Soziodemographische Strukturen der Übersiedler

Die Alters-, Erwerbs- und Berufsstruktur der Übersiedler unterlag langfristigen starken Veränderungen in Abhängigkeit von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR. So beeinflussten die Schließung der innerdeutschen Grenzen im August 1961, eine Änderung der Genehmigung für „Anträge auf ständige Ausreise“ in den 80er Jahren, wie schließlich die Öffnung der Grenzen im November 1989 nicht nur den Umfang der Übersiedlerströme, sondern auch die strukturelle Zusammensetzung der Flüchtlinge bzw. Ausreisenden.

4.1 Altersstruktur

Hatten vor dem Bau der Mauer Jugendliche einen überproportional hohen Anteil an den Flüchtlingen, so war der Anteil dieser Altersgruppe nach dem Bau der Mauer drastisch gesunken, während der Anteil der Personen im Rentenalter sprunghaft anstieg. Erst Anfang der 80er Jahre verringerte sich der Anteil der Personen im Rentenalter zugunsten jüngerer Altersgruppen vorwiegend im ar-

Abb. 3: Übersiedler nach Altersgruppen



Tab. 3: Altersstruktur der Übersiedler¹ (Angaben in %)

Jahr	Altersgruppen				
	unter 15 ²	15—25 ³	25—45	45—65	65 u. mehr
1952	19,5	28,1	32,2	18,7	1,5
1955	17,3	35,2	27,0	16,5	4,0
1960	17,4	31,4	23,4	20,7	7,1
1965	1,8	8,6	12,6	25,5	51,5
1970	1,6	5,2	10,6	28,4	54,2
1974	6,2	8,9	19,2	26,4	39,3
1980	10,1	9,2	23,1	19,6	38,1
1981	13,4	11,9	30,3	17,6	26,8
1982	13,3	12,4	30,8	19,2	24,2
1983	13,7	13,0	31,3	18,9	23,0
1984	20,8	16,6	41,8	12,6	8,2
1985	18,1	16,8	37,6	14,9	12,5
1986	16,5	15,5	37,8	17,5	12,8
1987	12,0	13,3	35,0	22,0	17,7
1988	15,3	14,6	39,6	20,6	9,9
1989 ⁴	23,2	22,5	42,3	9,0	3,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

1 Bis 1974 bezogen auf Antragsteller im Bundesnotaufnahmeverfahren, 1980 bis 1989 bezogen auf Zuzüge aus der DDR insgesamt

2 Bis 1974 unter 14 Jahren

3 Bis 1974 14 bis unter 25 Jahre

4 Statistisches Amt der DDR

beitsfähigen Alter. Mit den ansteigenden Übersiedlerzahlen durch genehmigte Ausreisen und Flüchtlinge seit dem Sommer 1989 sowie mit dem Fall der Mauer am 9. November veränderte sich die Altersstruktur erneut zugunsten jüngerer Altersgruppen (Tab. 3 u. Abb. 3).

In den 50er Jahren hatte die Altersgruppe unter 25 Jahren einen Anteil an allen Flüchtlingen von etwa 50 Prozent.⁷ Damit war diese Altersgruppe überproportional an den Flüchtlingsströmen beteiligt. So hatten 1955 Personen bis zu 25 Jahren einen Anteil von 53 Prozent an allen Flüchtlingen, während ihr Anteil an der DDR-Bevölkerung nur 36 Prozent betrug (Tab. 3 u. Abb. 3). Demgegenüber war der Anteil der Altersgruppe von 65 Jahren und älter mit durchschnittlich 5 Prozent unterproportional vertreten, wenn man berücksichtigt, daß diese Altersgruppe einen Anteil von etwa 13 Prozent an der DDR-Bevölkerung hatte.

Nach dem Mauerbau 1961 kehrte sich das Verhältnis der Altersgruppen um. Es waren nicht nur weniger Menschen, die die DDR verlassen konnten, sondern

diese wenigen waren auch vorwiegend Menschen im Rentenalter. In den 60er Jahren waren etwa 70 bis 80 Prozent aller Übersiedler 60 Jahre und älter. 1965 waren noch über die Hälfte (52 %) 65 Jahre und älter, während der Anteil der Altersgruppe unter 25 Jahre auf 10 Prozent zurückgegangen war.

In den 70er Jahren nahm der Anteil jüngerer Menschen, die die DDR durch Flucht oder Ausreise verließen, wieder leicht zu. So hatte die Altersgruppe unter 25 Jahren 1974 einen Anteil von 15 Prozent (Tab. 3). Allerdings waren noch 40 Prozent aller Übersiedler 65 Jahre und älter bzw. 63 Prozent 60 Jahre und älter.

Erst in den 80er Jahren veränderte sich auf Grund der sich verschärfenden innenpolitischen und ökonomischen Situation auch die Politik der Ausreisegenehmigung der alten DDR-Regierung. Um dem inneren Druck in der DDR nachzugeben und sich eines kritischen und Unruhe stiftenden Einwohnerpotentials zu entledigen, wurde zunehmend auch jüngeren DDR-Bürgern die Ausreise genehmigt. In den 80er Jahren wurde die Gruppe der 25- bis 45jährigen zur stärksten Gruppe unter den Übersiedlern, wobei sich ihr Anteil tendenziell erhöhte.

Waren 1980 noch etwa 23 Prozent der Übersiedler im Alter von 25 bis 45 Jahren, so lag ihr Anteil 1988 bereits bei 40 Prozent. Der Anteil der Übersiedler bis zu 25 Jahren hatte 1988 30 Prozent erreicht; der Anteil der Altersgruppen 65 Jahre und älter war indessen auf 10 Prozent zurückgegangen.

1989 hatte sich mit der ansteigenden Fluchtwelle seit dem Sommer 1989, noch stärker jedoch nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989, die Altersstruktur der Übersiedler wiederum erneut grundlegend verändert. Während der Anteil der älteren Altersgruppen weiter zurückging, nahm der Anteil der Jüngeren Altersgruppen sprunghaft zu. 88 Prozent der Flüchtlinge und Übersiedler des Jahres 1989 waren jünger als 45 Jahre. 42 Prozent der Übersiedler waren im Alter von 25—45 Jahren und 23 Prozent waren Jünger als 15 Jahre. Damit waren es

vorwiegend junge Familien mit Kindern, die 1989 in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt sind. Der Anteil an Übersiedlern im Alter von 65 Jahren und älter war demgegenüber auf einen unbedeutenden Anteil von 3 Prozent zurückgegangen. Auch im Vergleich zur Bevölkerung der DDR waren damit Jugendliche und Erwerbstätige im leistungsfähigen Alter (25 bis 45 Jahre) überproportional an Flucht und Ausreise beteiligt (Tab. 4).

4.2 Erwerbs- und Berufsstrukturen

In den 50er Jahren waren es überwiegend Erwerbspersonen, die aus der DDR flüchteten, während es nach der Schließung der Grenzen vorwiegend nur noch Nichterwerbspersonen waren, die die DDR verlassen durften. Erst Mitte der 80er Jahre ging der Anteil der Nichterwerbspersonen soweit zurück, daß Erwerbspersonen wiederum den größeren Anteil an den Übersiedlern ausmachten.

Bis zur Schließung der Grenzen im August 1961 waren im Durchschnitt der Jahre etwa 60 Prozent aller Flüchtlinge Erwerbspersonen, die mehrheitlich in industriellen und handwerklichen Berufen sowie im Dienstleistungssektor tätig waren (ca. 40 % der Flüchtlinge bzw. 60 % aller geflohenen Erwerbspersonen, Tab. 5). Unter den Nichterwerbspersonen hatten Kinder und Schüler den größten Anteil (20—25 % aller Flüchtlinge), während der Anteil der Rentner in allen Jahren deutlich unter 10 Prozent lag (Tab. 5 u. Abb. 4).

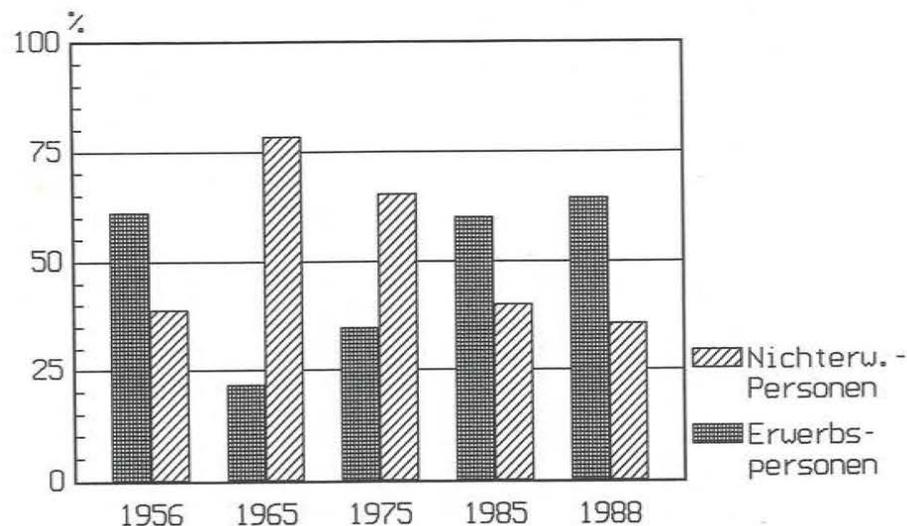
Auch wenn die berufliche Zusammensetzung der Flüchtlinge eine relative Konstanz aufwies, ergaben sich doch Veränderungen in Abhängigkeit von den politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, wie sich dies am Beispiel des Anteils der in der Landwirtschaft Beschäftigten im Zuge der Zwangskollektivierung nachweisen läßt. Nach Schließung der Grenzen 1961 verringerte sich der

Tab. 4: Altersstruktur der Übersiedler, der Bevölkerung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1981 und 1988/89

Altersgruppe	Übersiedler		Bevölkerung der			
			Bundesrepublik Deutschland		DDR	
	1981	1989	1981	1988	1981	1988
unter 15	13,4	23,3	17,2	14,6	19,4	19,5
15—25	11,9	22,5	16,5	15,6	16,5	14,3
25—45	30,3	42,2	28,3	28,3	27,8	28,4
45—65	17,6	9,0	22,8	26,1	21,2	24,7
65 u. mehr	26,8	3,0	15,2	15,0	15,1	13,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Amt der DDR

Abb. 4: Erwerbsstruktur der Übersiedler (ausgewählte Jahre)



Tab. 5: Erwerbs- und Berufsstruktur der Übersiedler¹ (ausgewählte Jahre)

Berufsgruppe Personengruppe	1956		1965		1975		1980		1985		1988	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Erwerbspersonen	170 587	61,1	6 348	21,5	5 667	34,8	4 759	37,3	14 961	60,0	25 646	64,6
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	17 431	6,2	429	1,5	168	1,0	96	0,8	409	1,6	385	1,0
Industrielle und handwerkliche Berufe	59 509	21,3	2 452	8,5	2 055	12,6	1 630	12,8	5 919	23,8	10 412	26,1
Technische Berufe	5 544	2,0	196	1,1	445	2,6	523	4,1	1 273	5,1	2 684	6,7
Dienstleistungsberufe darunter Ärzte	60 306	21,6	2 198	7,4	2 860	17,6	2 482	19,4	7 249	29,1	11 974	30,1
Sonstige und ohne Angaben der Berufe	287	0,1	40	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
	27 797	10,0	986	3,3	139	0,9	28	0,2	111	0,4	158	0,4
Nichterwerbspersonen	108 602	38,9	23 204	78,5	10 618	65,2	8 004	62,7	9 951	39,9	14 186	35,6
Kinder und Schüler	57 445	20,6	849	2,9	2 123	13,1	1 806	14,1	5 931	23,8	7 918	19,9
Hoch- und Fachhochschüler	1 431	0,5	138	0,5	116	0,7	67	0,5	92	0,4	109	0,3
Rentner	15 216	5,5	20 972	71,0	7 673	47,1	35	0,3	3 569	14,3	5 644	14,2
Sonstige Nichterwerbspersonen	34 510	12,4	1 245	4,2	706	4,3	296	2,3	96	0,4	515	1,3
Insgesamt	279 189	100,0	29 552	100,0	16 285	100,0	12 763	100,0	24 912	100,0	39 832	100,0

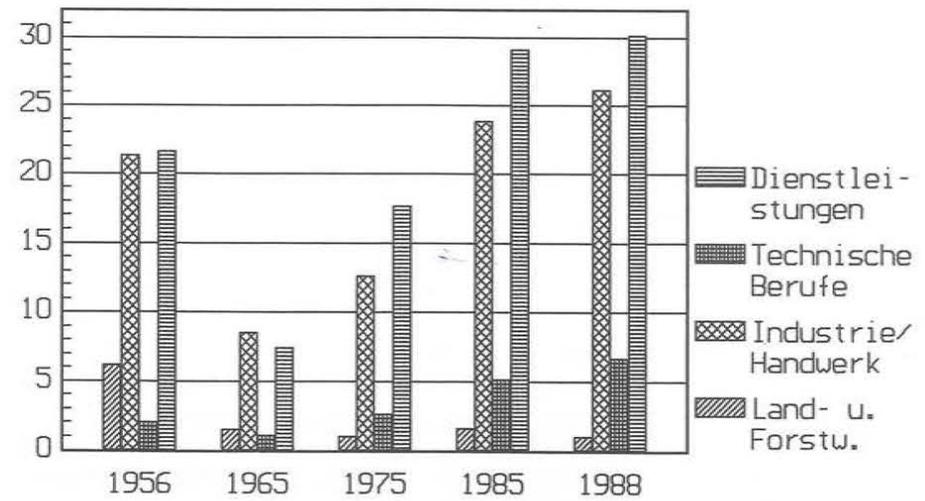
1 Antragsteller bei den Bundesnotaufnahme-Dienststellen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesausgleichsamt

Anteil der Erwerbspersonen an den Übersiedlern gravierend. Nur noch ein sehr geringer Anteil der Übersiedler zählte in den 60er und 70er Jahren zu den Erwerbspersonen. So waren 1965 nur 22 Prozent und 1970 sogar nur noch 15 Prozent aller Flüchtlinge Erwerbspersonen. Mehrheitlich (mindestens 70 %) waren die Übersiedler Rentner. In den 70er Jahren nahm der Anteil der Erwerbspersonen wieder leicht zu (1975 35 % aller Flüchtlinge). Aber erst Mitte der 80er Jahre änderte sich die Erwerbsstruktur der Übersiedler soweit zugunsten der Erwerbspersonen, daß diese einen Anteil von 60 Prozent (1985) bzw. sogar von 65 Prozent (1988) erreichten.

Über alle Jahre hinweg waren industrielle und handwerkliche sowie Dienstleistungsberufe am stärksten vertreten, wobei der Anteil der Dienstleistungsberufe seit den 70er Jahren sichtbar zunahm und 1988 fast die Hälfte aller Erwerbspersonen (47 %) ausmachte (Tab. 5 u. Abb. 5).

Abb. 5: Berufsstruktur der Übersiedler (ausgewählte Jahre)
Prozent aller Übersiedler



5. Herkunfts- und Zielgebiete der Übersiedler

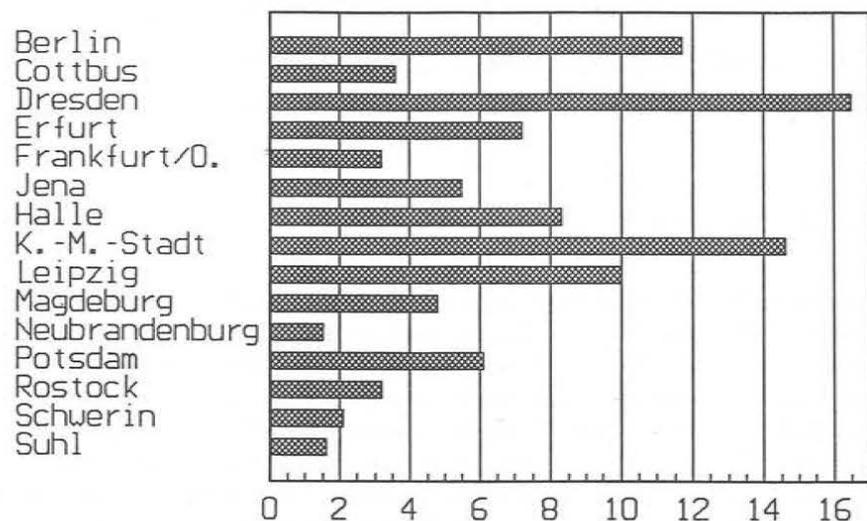
Auffallend ist die unterschiedliche regionale Herkunft der Übersiedler. Da andere Zahlen bisher nicht vorliegen, muß das Jahr 1989 beispielhaft genügen (Tab. 6 u. Abb. 6). 1989 kam der überwiegende Teil der Übersiedler (zu 53 %) aus den sächsischen Industriebezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig sowie aus Berlin. Allein aus den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig kamen 41 Prozent aller Übersiedler, während ihr Anteil an der Bevölkerung der DDR nur bei 30 Prozent lag. Damit war in diesen 3 Bezirken sowie in Berlin die Übersiedlerquote — gemessen an der Wohnbevölkerung — am höchsten. Die

Tab. 6: Herkunftsgebiete der Übersiedler 1989

Bezirk	Anteil an Übersiedlern insgesamt %	Anteil an DDR-Bevölkerung insgesamt %
Berlin	11,7	7,7
Cottbus	3,6	5,3
Dresden	16,5	10,5
Erfurt	7,2	7,4
Frankfurt/O.	3,2	4,3
Jena	5,5	4,5
Halle	8,3	10,7
Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)	14,6	11,2
Leipzig	10,0	8,2
Magdeburg	4,8	7,5
Neubrandenburg	1,5	3,7
Potsdam	6,1	6,7
Rostock	3,2	5,5
Schwerin	2,1	3,6
Suhl	1,6	3,3

Quelle: Statistisches Amt der DDR

Abb. 6: Herkunftsgebiete der Übersiedler nach DDR-Bezirken, 1989



mecklenburgischen Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg sowie die Bezirke Frankfurt/O. und Suhl hatten demgegenüber die niedrigsten Anteile an den Übersiedlern des Jahres 1989. In diesen Bezirken war auch die Übersiedlerquote — bezogen auf die Wohnbevölkerung — am niedrigsten.

Die regionale Verteilung der Übersiedler auf die Bundesländer ist sehr ungleichmäßig. Über alle Jahre hinweg war es Nordrhein-Westfalen, das die höchste Zahl der Übersiedler aufnahm. Im Zeitraum 1949 bis 1961 waren es gut ein Drittel aller Flüchtlinge, die Aufnahme in Nordrhein-Westfalen fanden. Unter den Flächenstaaten waren es noch die Länder Baden-Württemberg und Bayern, die eine größere Anzahl der Übersiedler aufnahmen. Hingegen gingen die wenigsten Übersiedler nach Schleswig-Holstein und zu einem noch geringeren Teil in das Saarland (Tab. 7 u. Abb. 7). Berlin (West) hatte stets einen hohen Anteil an der Aufnahme von Übersiedlern. Gegenüber den 50er Jahren hatte sich dieser Anteil von 9 Prozent auf fast 20 Prozent in den 80er Jahren erhöht. Demgegenüber war der Anteil von Nordrhein-Westfalen von 37 Prozent (1949—1961) auf 21 Prozent zurückgegangen. Auch der Aufnahmeanteil von Rheinland-

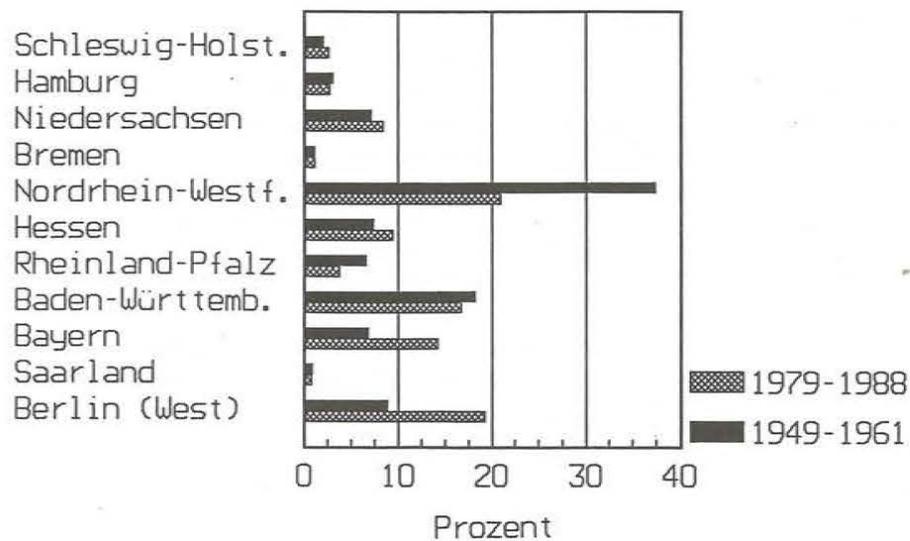
Tab. 7: Verteilung der im Notaufnahmeverfahren aufgenommenen Übersiedler nach Bundesländern (nach ausgewählten Zeiträumen)

Bundesland	Zeitraum			
	1949—1961		1979—1988	
	Anzahl ¹	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein	37 769	2,0	6 373	2,6
Hamburg	61 074	3,1	6 679	2,7
Niedersachsen	140 219	7,2	20 726	8,5
Bremen	22 147	1,1	2 595	1,1
Nordrhein-Westfalen	723 281	37,4	51 432	21,0
Hessen	149 070	7,4	23 297	9,5
Rheinland-Pfalz	128 422	6,6	9 140	3,7
Baden-Württemberg	352 279	18,2	40 843	16,7
Bayern	131 964	6,8	34 659	14,2
Saarland	17 301	0,9	1 644	0,7
Berlin (West)	173 154	8,9	47 357	19,3
Bundesgebiet insgesamt	1 935 680	100	244 745	100

Quelle: Statistisches Bundesamt

¹ Die hier zugrunde gelegten absoluten Zahlen stimmen mit den tatsächlichen Flüchtlingszahlen nicht überein, da ein Teil der Flüchtlinge sich entweder nicht einem Notaufnahmeverfahren unterzog oder nicht durch die Behörden weiter vermittelt wurde.

Abb. 7: Verteilung der Übersiedler nach Bundesländern (ausgewählte Zeiträume)



Pfalz hatte sich im Vergleichszeitraum (1979—1988) verringert, während Bayern eine deutliche Zunahme des Anteils an Übersiedlern zu verzeichnen hatte. Allein 71 Prozent der Übersiedler wurden im Zeitraum 1979—1988 von den Ländern Nordrhein-Westfalen, Berlin, Baden-Württemberg und Bayern aufgenommen. Bezogen auf die Einwohnerzahl hatte Berlin seit jeher die meisten Übersiedler, die zu einem großen Teil aus Ost-Berlin kamen. Unter den Flächenstaaten hatten — wiederum bezogen auf die Einwohnerzahl — Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die höchsten Übersiedlerquoten zu verzeichnen.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind aus den deutsch-deutschen Wanderungen Binnenwanderungen zwischen den „neuen“ östlichen und den „alten“ westlichen Bundesländern geworden. Mit einem Andauern der Ost-West-(Binnen-)Wanderung werden die anstehenden wirtschaftlichen, sozialen, ökonomischen und demographischen Probleme in den östlichen Bundesländern nicht gelöst, sondern vielmehr verschärft. Es kommt deshalb darauf an, die bestehenden regionalen Unterschiede im Lebensniveau möglichst rasch abzubauen, die Wirtschaft zu gesunden, die Infrastruktur zu verbessern und durch großzügige Investitionen ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot zu schaffen. So könnten die neuen Länder sogar Zuzugsgebiete werden und sich die Wanderungssalden langfristig ausgleichen.

Solange jedoch ein unterschiedliches Lebensniveau, Ängste vor sozialer Unsicherheit und sozialem Abstieg sowie vor alten, überlebten Strukturen noch existieren, werden daraus Motive für Wegzüge aus den „neuen Bundesländern“ in die „alten Bundesländer“ erwachsen. Für die weitere Entwicklung in den neuen Bundesländern ist allerdings auch zu beachten, daß die neuen Länder verstärkt Zuzugsgebiete aus Ost- und Südeuropa sowie aus den Entwicklungsländern werden können.

Anmerkungen

- 1 Vom 13. 8. bis 31. 12. 1961 waren es 51 000 Übersiedler, und von Januar 1962 bis Dezember 1988 waren es 565 000 Übersiedler.
- 2 Hilmer, R., Köhler, A.: Der DDR läuft die Zukunft davon, Deutschlandarchiv 22, 1989, 12, S. 1385.
- 3 Ronge, V.: Von drüben nach hüben, Wuppertal, Hartmann, 1985, S. 17—19.
- 4 Vgl. Hilmer, R., Köhler, A.: Der DDR läuft die Zukunft davon a.a.O., S. 1385.
- 5 Die Angaben für 1984 stehen in Klammern.
- 6 Voigt, D., Belitz-Demiriz, H., Meck, S.: Die innerdeutsche Wanderung und der Vereinigungsprozeß. Deutschland Archiv 23, 1990, H. 5, S. 736 u. 737.
- 7 Vgl. Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin. a.a.O., S. 16.

Literatur

- AMMER, T. 1989: Stichwort: Flucht aus der DDR, Deutschland-Archiv 22, 11. S. 1206—1208.
- BIRG, H. 1986: Regionale Demographie und regionalwissenschaftliche Analyse, Bielefeld 1986 (IBS-Materialien Nr. 21).
- DER FISCHER WELTALMANACH, SONDERBAND DDR, Frankfurt/M., Fischer 1990.
- FLEISCHER, H. u. H. PROEBSTING 1989: Aussiedler und Übersiedler — zahlenmäßige Entwicklung und Struktur. Wirtschaft und Statistik, 9. S. 582—589.
- DIE FLUCHT AUS DER SOWJETZONE UND DIE SPERRMASSNAHMEN DES KOMMUNISTISCHEN REGIMES VOM 13. AUGUST 1961 IN BERLIN; Bonn u. Berlin, Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 1961.
- HILMER, R. u. A. KÖHLER 1989: Der DDR läuft die Zukunft davon. Die Übersiedler. Flüchtlingswelle im Sommer 1989. Deutschland-Archiv 22, 12. S. 1383—1388.
- HÖHN, Ch., MAMMEY, U. u. H. WENDT 1990: Bericht 1990 zur demographischen Lage: Trends in beiden Teilen Deutschlands und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 16, Heft 2. S. 135—205.
- HOF, B. 1990: Gesamtdeutsche Perspektiven zur Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot 1990 bis 2010, Köln: Dt. Inst.-Verl.
- HUININK, J. u. M. WAGNER 1987: Regionale Lebensbedingungen, Migration und Familienbildung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41, 4. S. 669—689.
- KÖHLER, A. 1990: Ist die Übersiedlerwelle noch zu stoppen? Ursachen — Erfahrungen — Perspektiven, Deutschland-Archiv 23, 3. S. 425—431.
- MARCEL, K. 1990: Inter- und intraregionale Mobilität. Boppard (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Bd. 8).
- RONGE, V. 1985: Von drüben nach hüben. DDR-Bürger im Westen, Wuppertal, Verlag 84 Hartmann.
- VOIGT, D., BELITZ-DEMIRIZ, H. u. S. MECK 1990: Die innerdeutsche Wanderung und der Vereinigungsprozeß, Deutschland-Archiv, 23, 5. S. 732—746.
- WENDT, H. 1986: Aspekte und Tendenzen der Binnenwanderung im Urbanisierungsprozeß der DDR, Petermanns Geograph. Mitteilungen 130, 3. S. 165—172.